

Editorial: Leben im transformierten Sozialstaat – Forschungsperspektiven aus der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit

Monika Götsch und Fabian Kessl

1. Hinführung/Einleitung

Diagnosen zur Transformation des bisherigen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements werden seitens der Forschungsfelder, in denen Fragen der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit im Zentrum stehen, aus weitgehend unterschiedlichen Blickrichtungen bearbeitet. Weitgehender Konsens ist in beiden Forschungsbereichen die Diagnose eines fundamentalen Shifts in der sozialpolitischen Programmatik und einer damit verbundenen Neujustierung sozialer Sicherungssysteme und sozialer Dienstleistungsangebote (vgl. für die bundesdeutsche Sozialpolitik: Kaufmann 1997; Lessenich 2009; international: Clarke 2004; für die bundesdeutsche Soziale Arbeit: Dahme et al. 2003; Kessl/Otto 2009; international: Harris 2003; zum Überblick: Sandermann 2014). Je nach Position der Autor_innen werden die entsprechenden Entwicklungsbewegungen institutionentheoretisch als ‚welfare to workfare‘, regulationstheoretisch als Transformation des bisherigen keynesianisch geprägten fordistischen (Wohlfahrts)Staats in einen „Schumpeterianischen-Workfare-Staat“ (Jessop 1993; Sauer/Wöhl 2011), verwaltungswissenschaftlich als Umbau des bisherigen Leistungsstaats in einen Gewährleistungsstaat (Dingeldey 2006), staatstheoretisch als Ablösung des aktiven Sozialstaats durch einen aktivierenden Sozialstaat und eine ‚aktive Gesellschaft‘ (Wohlfahrt 2003; Butterwegge 2011) oder steuerungs- und governancetheoretisch als Etablierung neuer Steuerungsinstrumente (*New Public Management*), vor allem in der kommunalen Sozialverwaltung (Wohlfahrt/Zühlke 2005) resp. als „gewandelte Modalitäten der Aufgabenerledigung und gewandelte Steuerungsinstrumente“ (Lamping et al. 2002, S. 29) gefasst.

Derartige Diagnosen bilden den Ausgangspunkt für eine Reihe von Forschungsarbeiten in den letzten Jahren – sowohl in Bezug auf die Sozialpolitik wie die Soziale Arbeit, die das Verhältnis zwischen den beiden Bereichen nicht mehr de-thematisiert lassen.¹

¹ Forschungsarbeiten mit Schwerpunkt auf die Sozialpolitik haben einen institutionellen Schwerpunkt im SFB 579 an der Universität Bremen gefunden (www.staat.uni-bremen.de; Stand: 28. Dezember 2016). Mit Schwerpunkt auf die Soziale Arbeit wurden in institutionell organisierter Form u.a. im Rahmen des von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) geförderten Promotionskollegs „Widersprüche gesellschaftlicher Integration. Zur „Transformation Sozialer Arbeit“ (2011-2015) eine Reihe von Forschungsarbeiten zur Thematik vorgelegt (vgl. Titel der Buchreihe „Transformation des Sozialen – Transformation Sozialer Arbeit“, aber auch Herzog 2015).

Einen institutionellen Ort bot solchen Arbeiten in den vergangenen dreieinhalb Jahren (2013-2016) auch das kooperative nordrhein-westfälische Promotionskolleg „Leben im transformierten Sozialstaat“² in gemeinsamer Trägerschaft der Universität Duisburg-Essen, der TH Köln und der Hochschule Düsseldorf. Unter der Prämisse der Korrespondenz der beiden unterschiedlichen Forschungstraditionen, die sich dem Bereich der Sozialpolitik resp. dem Bereich der Sozialen Arbeit zuwenden, wurden hier zwölf Promotionsprojekte und ein Habilitationsprojekt gefördert. Zur Untersuchung der gegenwärtigen Konstellationen in Sozialpolitik und Sozialer Arbeit standen dabei zwei idealtypische Positionen als systematische Ansatzpunkte für die jeweiligen Analysen Patin: Eine Reihe der Forschungsarbeiten startete aus der Perspektive der sozialpolitischen Wirkungsforschung, eine andere Gruppe aus der Perspektive der sozialpädagogischen Adressat_innenforschung. Konkretisiert haben sich diese Perspektiven in den Forschungsarbeiten v.a. (1.) in Form einer Analyse sozialer Praktiken und der Lebenslagen von Betroffenen in Bezug auf vorliegende sozialpolitische Programme (z.B. arbeitsmarktpolitische Programme, wie im Kontext der Hartz-Gesetzgebung oder kommunaler wohnungspolitischer Programme) und (2.) in Form von Analysen der Nutzungsmuster unterschiedlicher Zielgruppen sozialer Dienstleistungsangebote und somit deren Alltagspraxen (z.B. Nutzung zielgruppenspezifischer Angebote in Bezug auf Möglichkeitsräume oder biographische Erfahrungen von Nutzer_innen mit sozialen Dienstleistungen im aktivierenden Sozialstaat).

Die Beiträge des vorliegenden Schwerpunktes widmen sich vor dem Hintergrund dieser Arbeiten an der Transformation des bisherigen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements auch der Frage nach den damit verbundenen Konsequenzen für das Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit, das bis in die 1970er und 1980er Jahre als komplementäres und zugleich hierarchisiertes orchestriert war: primäres Integrationssystem der Sozialversicherungssysteme und sekundäres Integrationssystem der personenbezogenen sozialen Dienstleistungen. Die aufgeworfene Frage lautet also: Wie stellt sich also der Verweisungszusammenhang von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit im Kontext der andauernden Transformationen seit den 1980er Jahren dar?

Dieser Frage wird vor dem Hintergrund der einzelnen Forschungsarbeiten im Promotionskolleg in mehreren Gemeinschaftsbeiträgen von Mitgliedern des Promotionskollegs TransSoz im vorliegenden Schwerpunkt des *Sozialen Fortschritt* sowie einem parallel erscheinenden

² Das hochschulartenübergreifende Promotionskolleg „Leben im transformierten Sozialstaat (TransSoz)“ wurde vom Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert. Förderzeitraum: Mai 2013 – Dezember 2016.

Schwerpunkt der *Sozialen Passagen* nachgegangen. Diese parallele Publikation symbolisiert die differenten Traditionen von Forschungsarbeiten in der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit, und zugleich den Versuch der Vermittlung dieser Perspektiven.

Zur Rahmung dieser Einzelbeiträge skizziert der vorliegende Einführungsbeitrag eine Perspektive auf eine gemeinsame oder zumindest eine korrespondierende Transformationsforschung mit Blick auf Sozialpolitik *und* Soziale Arbeit.

Dazu werden in einem ersten Schritt drei Paradigmen extrahiert, die die aktuellen Entwicklungsprozesse in den Feldern der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit kennzeichnen. Entlang dieser Entwicklungslinien können die Schwerpunktbeiträge im vorliegenden Themenheft des Sozialen Fortschritts sowie im parallelen Themenheft der Sozialen Passagen kurz vorgestellt werden. Im zweiten Schritt wird vor dem Hintergrund dieser eher gegenwartsanalytischen Vergewisserung in Bezug auf die andauernden Transformationsprozesse das Konzept der Transformation selbst begrifflich beleuchtet. Damit lässt sich die Position, von der aus eine gemeinsame Transformationsforschung gelingen soll, annäherungsweise ausleuchten. Im dritten Schritt kommen wir zurück auf das Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit, dessen historische Gestalt im Rahmen der wohlfahrtsstaatlichen Hochphase Mitte des 20. Jahrhunderts skizziert wird, um anschließend die Tendenz der vergangenen Dekaden zur Veränderung, Modifikation und Neujustierung zu vermerken. Zur Illustration dieser Diagnose werden im dritten Teil nochmals exemplarisch Bezüge auf einzelne Schwerpunktbeiträge genommen.

2. Zentrale Paradigmen wohlfahrtsstaatlicher Transformationen: theoretische Verortungen und empirische Zugriffe

Das Promotionskolleg „Leben im transformierten Sozialstaat“ ist mit der Frage angetreten: „Welche Folgen (.) die Transformation des Sozialstaats im Sinne der (...) ‚Fragmentierung‘ und des Auftretens von (neuen) Inkonsistenzen und Inkohärenzen im Sozialmodell für die Adressat_innen der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit?“ (Leitner et al. o.J., S. 11) hat. Im Fokus der Forschungsarbeiten lagen folglich nicht nur die angenommenen Veränderungen, sondern zugleich deren inhärenten Widersprüchlichkeiten, wie sie sich sowohl in politischen Programmatiken als auch in den Praktiken und Lebenslagen der Adressat_innen zeigen. Vor dem Hintergrund der in diesem Schwerpunkt wie dem Heftschwerpunkt der parallel erscheinenden *Sozialen Passagen* veröffentlichten Beiträge lassen sich drei zentrale Paradigmen bzw. paradigmatische Transformationslinien aufzeigen, die, das sei an dieser Stelle

außerdem betont, nicht als klar voneinander abgegrenzt, sondern vielmehr als sich gegenseitig bedingend zu verstehen sind: 1. Das Aktivierungsparadigma 2. Das Eigenverantwortungsparadigma 3. Das Autonomie- bzw. Selbstbestimmungsparadigma.

2.1 Aktivierung

Das Aktivierungsparadigma verweist darauf, dass der Sozialstaat nicht mehr als Versorgungsstaat sondern als aktivierender Staat agiert. Ziel politischer Steuerung ist die proaktive Lebensführung jede_r Einzelnen: „Mit der Aktivierung sozial verantwortlicher Eigenaktivität der Individuen etabliert sich ein neues soziales Relationierungsmuster, das die Subjekte gleichsam *uno actu* mit sich selbst (ihrem ‚Eigeninteresse‘) und mit der gesellschaftlichen Gemeinschaft (dem ‚Gemeinwohl‘) in Beziehung setzt“ (Lessenich 2008, S. 85). Aktivierung bezieht sich folglich auf ein verändertes Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft, d.h. Vergesellschaftung und soziale Inklusion erscheinen individualisiert, zur selbst zu verantworteten Aufgabe jede_r Einzelnen zu werden. Für die soziale Positionierung wie auch die individuelle Existenzsicherung wird zugleich Erwerbsarbeit immer bedeutsamer (Castel 2000). Das ‚adult-worker-model‘ einerseits wie auch das ‚Fördern und Fordern‘ der Arbeitsmarktpolitik andererseits fungieren in der Aktivierungslogik als selbstverständliche Inklusionsmodi. Der ‚neue Kapitalismus‘, der projektförmiges und flexibles Arbeiten befördert (Boltanski/Chiapello 2006), verlangt darüber hinaus eine neue, selbst hergestellte und ständig optimierte, individuelle Beschäftigungsfähigkeit (Bröckling 2000). Es ist der aktivierende und „sich re-formierende Sozialstaat, der das schwierige Geschäft der sozialverantwortlichen Selbst-Bewegung der Subjekte betreibt und dem die dafür in Anspruch genommenen positiven Wertbezüge sozialen Handelns – Aktivität und Produktivität, Flexibilität und Autonomie – zu politischen Steuerungsformeln des individuellen Selbstzwangs in gesellschaftlicher Absicht geraten“ (Lessenich 2008, S. 136). Ziel sozialstaatlicher Aktivierung ist folglich die (Re-) Integration in den Erwerbsarbeitsmarkt, wie dies beispielsweise im SGB III durch die Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung angelegt ist. Aktiviert werden aber nicht nur Langzeitarbeitslose und Jugendliche im Übergang Schule-Beruf, sondern auch Eltern, ältere Menschen und Berufstätige nicht zuletzt durch Anforderungen wie lebenslanges Lernen, Weiterbildungen usw. In wie weit sich empirisch Formen der (Nicht- bzw. anders)Aktivierung in Bezug zu den aktuellen sozialstaatlichen In- und Exklusions-Logiken zeigen, darauf verweisen die folgenden Beiträge aus dem Promotionskolleg.

Vor dem Hintergrund, dass in der „Aktivierungsgesellschaft“ (Lessenich 2012) die Ideologie der Arbeit immer mehr an Bedeutung gewinnt, beleuchten Discher/Hartfiel (im Themenschwerpunkt der Sozialen Passagen) in ihrem Beitrag „Arbeitsfähig?!

Identitätskonstruktionen junger Erwachsener im arbeitsideologischen Diskurs – eine empirische Analyse“ wie junge Erwachsene in schulisch-beruflichen Übergangsphasen sich als eigenverantwortliche und engagierte Arbeitssubjekte positionieren. Eine anerkannte und erzählbare Identität scheint nur die aktive bzw. aktivierte Identität zu sein, was darauf verweist, dass die Ideologie der Arbeit erst durch die und in den Subjekten wirksam wird.

Gille/Klammer (im Themenschwerpunkt der Sozialen Passagen) richten in ihrem Beitrag „Wohlfahrtskapitalistische Regime und personale Bewältigung – Handlungsräume erwerbsloser junger Menschen in Spanien und Deutschland“ den Blick auf die Handlungsfähigkeit junger erwerbsloser Erwachsenen. Hierfür verknüpfen sie sozialpolitische Regimeforschung mit einer akteursbasierten Forschung und können damit zeigen, dass sich nicht nur die Aktivierung und ihre Konsequenzen zeigen, sondern auch die eigenwillige Handlungsmacht der Einzelnen in ihrer strukturellen Abhängigkeit.

Conen (im vorliegenden Themenschwerpunkt) zeigt in ihrem Text „Im Alter transnational orientiert und multilokal verortet? Altersvorsorgeplanung türkeistämmiger Migrant*innen im transnationalen Raum Deutschland- Türkei“ schließlich, wie Menschen mit türkischer Zuwanderungsgeschichte pro-aktiv ihre Altersversorgung planen und dabei die unterschiedlichen Ressourcen zweier Länder erkennen und auf diese zurückgreifen (müssen).

2.2 Eigenverantwortung

Mit dem Eigenverantwortungsparadigma wird beschrieben, dass und wie Gesundheit, Bildung, Altersvorsorge, Fürsorgeverantwortung, Wohnen und Integration in die Erwerbsarbeit zur selbstverantworteten Aufgabe der Individuen wird. Während diese Bereiche immer mehr in einer ökonomischen Logik organisiert werden, muss die* Einzelne die dafür notwendige individuelle Marktfähigkeit eigenverantwortlich herstellen. Synonym hierfür ist die Figur des ‚unternehmerischen Selbsts‘ (*Bröckling* 2000), das sich sowohl auf die imaginierte Warenförmigkeit des Individuums bzw. des Selbst, als auch auf die ökonomische Logik des gesamten Denkens und Handelns bezieht. Beschrieben werden damit ökonomisierte Subjektiverungsmodi, also Verhaltensnormen, Regulations- und Kontrollmechanismen, denen Menschen ausgesetzt sind, das Wissen über sich selbst und die Welt sowie die Praktiken auf sich und das eigenen Leben einzuwirken (*ebd.* 2002). Wohlfahrtsstaatstheoretisch identifiziert *Lessenich* (2012) daher eine zunehmende Rekommodifizierung, die z.B. den Verkauf der eigenen Arbeitskraft noch deutlicher als bisher den Gesetzen des Marktes unterwirft und dabei staatliche Regulierungen, die Erwerbsarbeitskräfte vor Marktzwängen schützen, tendenziell

abbaut. Dies verweist auf eine „strukturelle [...]Tendenz zur Ökonomisierung“ (*ebd.*, S. 113). Wichtig dabei ist die Einsicht, dass diese Entwicklung keinen Rückzug des Staates beschreibt und eine Übernahme der Regulationsstrukturen durch die Ökonomie, sondern eine „Transformation des Politischen“ (*Lemke et al. 2000*, S. 26) hin zu einem politischen Programm, das in einer ökonomischen Logik agiert und den Markt als Orientierungsfolie für die Organisation von Gesellschaft und (Sozial)Politik re-produziert. Ausführende Instanz für die entsprechende Reregulation der Gesellschaft bleibt der Staat – wenn auch an vielen Stellen in engerer Kooperation mit nicht-staatlichen Akteur_innen.

Ökonomie meint im Kontext der beobachtbaren Ökonomisierung keine fest umgrenzte Sphäre menschlichen Handelns, sondern wird immer mehr Teil jeglichen menschlichen Handelns. Sie wird zum Maßstab für die Gestaltung des Sozialen, wie auch der Beziehung zu sich selbst (*Bröckling 2000; 2002* sowie *Lemke et al. 2000*). *Nullmeier (2004)* verweist diesbezüglich auf die Mehrdimensionalität von Ökonomisierung bzw. Vermarktlichung, die er auf drei verschiedenen Ebenen ansiedelt: (1.) Auf der internen Ebene des jeweiligen Sozialstaats, der mit der Schaffung von Wohlfahrtsmärkten einhergeht. Gemeint ist damit „die Produktion und Verteilung von Gütern und Diensten (...), die traditionell unter dem Schutz des Sozialstaats stehen oder standen und als Märkte weiterhin einer spezifisch sozialpolitischen Regulation unterliegen“ (*ebd.*, S. 495); (2.) auf der externen Ebene, so dass Sozialstaaten in einen gegenseitigen Wettbewerb treten. Sozialpolitik orientiert sich in der Folge an der nationalen Wettbewerbsfähigkeit, so dass sie nicht mehr auf die Förderung von mehr Gerechtigkeit abzielt, sondern vielmehr die wirtschaftliche Produktivität steigern soll; und (3.) auf der Ebene des Subjekts, das zur Marktförmigkeit ‚erzogen‘ wird (*Nullmeier 2004*). In dieser Breite lassen sich auch zwei Beiträge aus dem Promotionskolleg ansiedeln, wie sie in diesem Band sowie in den parallel erscheinenden *Sozialen Passagen* veröffentlicht werden:

Knabe/Leitner (im vorliegenden Themenschwerpunkt) thematisieren Ökonomisierung in ihrem Beitrag „Soziale Arbeit, Sozial- und Wohnungspolitik: ein unübersichtliches Feld – Ausschließungen vom Wohnungsmarkt und ihre Bewältigung“ bezüglich der segregierenden Auswirkungen der Privatisierung und Liberalisierung der Wohnungsmärkte. Während einerseits immer mehr privatwirtschaftliche Akteur*innen die Wohnungsmärkte dominieren, beschränkt sich die öffentliche Versorgung mit Wohnraum darauf Obdachlosigkeit zu verhindern, die Vermittlung von sozialräumlich angemessenem Wohnraum erscheint nachrangig, was zu (neuen) Diskriminierungen führt. Das Zusammenwirken von Europäisierungs- und Vermarktlichungsprozessen im Bereich der Care-Migration ist

Gegenstand des Beitrags von *Rossow/Leiber* (im vorliegenden Themenschwerpunkt) „Zwischen Vermarktlichung und Europäisierung: Die wachsende Bedeutung transnational agierender Vermittlungsagenturen in der häuslichen Pflege in Deutschland“. Sie zeigen auf, dass die beteiligten Privathaushalte nicht als Arbeitgeber_innen, sondern als Kund_innen mit entsprechender Marktmacht agieren, so dass die Pflegenden nicht mehr als Arbeitskraft, sondern als Dienstleister_innen wahrgenommen werden. Dies verweist darauf, dass in der Wohlfahrtsproduktion der freie Marktwettbewerb an Bedeutung gewinnt, während die Regulierung durch Recht unbedeutender wird.

2.3 Autonomie- und Selbstbestimmungsparadigma

Individuen wird auf sozialstaatlicher Ebene im Kontext der laufenden Transformation bisheriger wohlfahrtsstaatlicher Arrangements ein Mehr an Wahl- und Mitbestimmungsmöglichkeiten eingeräumt, was zugleich die freie Wahl von Unterstützungsleistungen suggeriert. Wenn Menschen ihre Krankenkasse und Altersvorsorge auswählen oder sich zwischen verschiedenen Möglichkeiten der Kinderbetreuung und der ambulanten und (teil)stationären Pflege von älteren Personen entscheiden können, scheinen z.B. Vereinbarkeitsarrangements von Familie und Beruf nicht nur flexibel möglich, sondern sie wirken wie das Ergebnis eines autonomen Entscheidungsprozesses und nicht mehr als Ausdruck gesellschaftlicher Erwartungen an Frauen und Männer, wie dies noch für die geschlechterspezifischen Positionszuweisen im Sozialstaat der 1950er und 60er Jahre der Fall war (*Koppetsch/Burkart* 1999). Ja mehr noch: Wenn parallel resp. in Korrespondenz dazu, neue Formen der Erwerbsarbeit, insbesondere in flexibilisierter Art und Weise, etabliert werden, ist nicht nur arbeits- und industriesoziologisch eine ‚Entgrenzung von Arbeit und Leben‘ zu konstatieren, sondern auch eine weitere Autonomisierung von alltäglicher Arbeitsorganisation angeboten: Die Sphäre der Erwerbsarbeit und der Privatsphäre verschwimmen unter Umständen (*Gottschall/Voß* 2005; *Boltanski/Chiapello* 2006). Doch wie realisieren sich die entsprechenden Alltagspraktiken? Zeitigen Sie tatsächlich reale Autonomiepotenziale? Und wenn ja, mit welchen Nebeneffekten gehen diese einher?

Im Promotionskolleg wurden solche und ähnliche Fragen bearbeitet. Die entsprechenden Forschungsarbeiten können u.a. auf die Widersprüchlichkeiten hinweisen, die dabei sichtbar werden, z.B. in Bezug auf das Geschlechterverhältnis: Seit das vormals sozialstaatlich gestützte ‚adult-worker-model‘ vom nun sozialstaatlich propagierten ‚male-breadwinner-model‘ abgelöst wird, erodiert die heteronormative Geschlechterungleichheit und -differenz, die sich

entlang der Grenzen zwischen produktiver Erwerbsarbeit und privater Reproduktionsarbeit manifestierte, an manchen Stellen. Bringt die gegenwärtige Transformation des bisherigen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements also ein größeres Maß an Gleichstellung und individueller Unabhängigkeit? Finden nicht-heteronormative Geschlechteridentitäten und Geschlechterverhältnisse eine deutlichere Anerkennung? Bereits die vorliegende Forschung, lässt zweifeln. Darauf verweist bereits das Faktum, dass das Gros der Fürsorgearbeiten Privatsache bleibt, und dabei neu/alte Ungleichheitsverhältnisse stabilisiert (*Pühl 2004; Gottschall/Voß 2005; Winker 2007; Sauer 2008*). Diese paradoxe Gleichzeitigkeit des Wandels und der Persistenz, gerade mit Blick auf die Geschlechterverhältnisse, stellt, so *Maihofer (2007)*, ein Merkmal historischer Umbruchphasen dar. Demnach verspricht das Paradigma der ‚freien Wahl‘ mehr Freiheit, Individualität und Pluralität, ist aber zugleich mit (vergeschlechtlichten) Ungleichheiten und Fremdbestimmung verbunden – gerade auch, so ließe sich hinzufügen, was sozialstaatliche Regelungen betrifft. Bezeichnend für diese Paradoxien ist, so *Maihofer* weiter, die derzeitige „Relativierung von Geschlechterdifferenzen einerseits und deren Re-Markierung andererseits“ (*ebd.*, S. 301). Zudem wird die Welt einerseits als sich sehr verändernd wahrgenommen, andererseits wird das Soziale allgemein und das Geschlechterverhältnis im Besonderen naturalisiert und enthistorisiert. Bezogen auf Familie lassen sich ähnliche Widersprüche konstatieren: Die konstitutive Verbindung von heterosexueller Ehe und Familie löst sich auf, so dass viele unterschiedliche familiäre Arrangements lebbar werden, während zugleich die heterosexuelle Ehe durch rechtliche Regelungen immer noch privilegiert ist (*Maihofer 2007*).

Bezugnehmend auf die aktuellen familienpolitischen Reformen fragt der Beitrag von *Menke/Klammer* (im vorliegenden Themenschwerpunkt) unter der Überschrift „Mehr Geschlechtergerechtigkeit – weniger soziale Gerechtigkeit? Familienpolitische Reformprozesse aus intersektionaler Perspektive“ nach der tatsächlichen Wahlfreiheit unterschiedlicher Mütter und Väter bezüglich der Verteilung, Gestaltung und Organisation von Sorge- und Erwerbsarbeit. Die gewählte intersektionale Betrachtung zeigt, dass soziale Ungleichheiten gegenwärtig weiter reproduziert werden: Beruflich Etablierte können unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Aufenthaltsstatus von einem Mehr an Geschlechtergerechtigkeit profitieren, während marginalisierte Eltern sowohl ökonomisch als auch sozial abgehängt bleiben.

Gräfe (im vorliegenden Themenschwerpunkt) thematisiert in seinem Beitrag „Verzeitlichung des Familienlebens? Familiengründung im Kontext familienpolitischer Transformationen“ die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die damit verbundenen, sich verändernden

gesellschaftlichen Zeit-Konstruktionen. Er zeigt auf, dass in der Phase der Familiengründung die Handlungsoptionen bezogen auf die Verfügbarkeit von Zeit stark davon abhängt, inwieweit Paare die Integration ihrer Berufsbiografien in das Paar- und Familienleben zuvor (nicht) ausgebildet haben. Familienpolitische Maßnahmen verstärken sowohl bereits gefestigte wie auch instabile Vereinbarkeitsarrangements.

Frerk/Leitner (im vorliegenden Themenschwerpunkt) verweisen in ihrem Text „Zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf: Quantitative und qualitative Perspektiven“ auf die Familialisierung und Defamilialisierung von Pflege, die sich durch sozialpolitische Maßnahmen für Pflegende und ihren Möglichkeiten hinsichtlich der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und der Pflege von Angehörigen ergibt. Es zeigt sich, dass Teilzeiterwerbstätigkeit als Vereinbarkeitsstrategie kaum avisiert wird. Vielmehr führt familialisierende Lohnkompensation dazu, dass die Erwerbstätigkeit komplett aufgegeben wird, während defamilialisierende Unterstützungsmaßnahmen die Vereinbarkeit nicht verbessern.

Discher/Götsch (im Themenschwerpunkt der Sozialen Passagen) fokussieren in ihrem Text „Kapitalistisch verwertbare Körper“ die Aktivierung der geschlechtlichen Körper. Am Beispiel von jungen Erwachsenen im Übergang Schule/Ausbildung – Beruf sowie von erwerbstätigen Trans*Personen zeigen sie auf, dass trotz einer Pluralisierung und Wählbarkeit von Lebensstilen Körper heteronormativ bzw. zweigeschlechtlich eindeutig optimiert werden müssen, um als Erwerbsarbeitsmarktsubjekt bestehen zu können.

Diese Skizze der Schwerpunktbeiträgen in den beiden parallel erscheinenden Themenheften des *Sozialen Fortschritts* und der *Sozialen Passagen* macht bereits deutlich, dass die materialbasierte und empirische Vergewisserung in Bezug auf die gegenwärtige Transformation des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements eine weitere Ausdifferenzierung der Transformationslinien notwendig machen wird. So einsichtig die von uns genutzte dreifache Differenzierung ist, so weisen die Forschungsbefunde aus den Arbeiten des Promotionskollegs darauf hin, dass z.B. die Geschlechter- und Familienverhältnisse eine gesonderte Dimension ausmacht. Aber auch die Frage der Ökonomisierung, der neuen Punitivität oder der Pädagogisierung sind weitere, quer oder parallel zu den genannten drei Transformationslinien stehende. Eine abschließende Landkarte der Transformation des bisherigen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements ist daher gar nicht möglich, dennoch besteht die Aufgabe von deren Kartierung als anhaltender Prozess. Die Erfüllung dieser Aufgabe kann nur auf Basis eines abgestimmten Begriffsverständnisses von Transformation gelingen. Deshalb soll im

Folgenden verdeutlicht werden, welche Verständnis im Rahmen des Promotionskollegs als Orientierung genutzt wurde.

3. Zu Begriff und Konzept der Transformation³

Die Rede von der ‚Transformation‘ kann der Bildungs- und Sozialforscher_in schnell zum Eigentor geraten, schließlich weist sie damit auf das Phänomen permanenter Veränderungs- oder Wandlungsprozesse sozialer Zusammenhänge, den „sozialen Wandel“ (*Zapf* 2003), selbst hin. Über die ‚Transformation des Sozialen‘ zu sprechen, ist dann, wie wenn die Medizinerin auf das Faktum von Gesundheit und Krankheit an sich hinweist oder der Physiker auf die Tatsache der Kräfteverhältnisse: Derartige Verweise bleiben allzu schnell basal, weil sie den Ausgangspunkt der jeweiligen wissenschaftlichen Überlegungen, aber nicht deren Gegenstand darstellen.

Elias (1939/1990, S. XIIIf.) hat aus seiner zivilisationstheoretischen Perspektive daher bereits Ende der 1930er Jahre darauf aufmerksam gemacht, dass „(d)er Begriff des sozialen Wandels allein als Forschungswerkzeug nicht aus(reicht...). Ein bloßer Wandel kann auch von der Art sein, die man an Wolken oder an Rauchringen zu beobachten vermag: bald sehen sie so aus, bald sehen sie anders aus. Der Begriff des sozialen Wandels ohne klare Unterscheidung (...) ist ein sehr unzureichendes Werkzeug der soziologischen Untersuchung“. Nicht der Verweis auf den sozialen Wandel, auf die Transformation der Gesellschaft, kann daher sinnvollerweise der Gegenstand bildungs- und sozialtheoretischer Überlegungen sein, sondern die Analyse der historisch-spezifischen Charakteristika dieses Wandels, die konkrete Ausprägung ihrer „Figuration“ (*ebd.*). Was *Elias* in seinen Überlegungen für die Soziologie formuliert, gilt ebenso für Forschungsarbeiten in Bezug auf die Soziale Arbeit und die Sozialpolitik wie die Wohlfahrtsstaatsforschung insgesamt. Nicht nur das: es gilt für alle entsprechenden systematischen Vergewisserungsarbeiten im Bereich der Bildungs- und Sozialforschung.

Dementsprechend widmen sich die Beiträge des vorliegenden Schwerpunktes wie des parallelen Schwerpunkts in den *Sozialen Passagen* – auf Basis von Einzeluntersuchungen zum transformierten Alltag im wohlfahrtsstaatlichen Kontext der vergangenen Jahre – der Frage, welche Schlussfolgerungen aus den dort identifizierten und analysierten konkreten Ausprägungen der Figuration des transformierten Wohlfahrtsstaats, für die Verhältnisbestimmung von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit zu ziehen sind. Der gemeinsame Kontext aller dabei grundgelegten Forschungsarbeiten ist die gegenwärtige Transformationsphase, dem das bisherige wohlfahrtsstaatliche Arrangement seit den 1980er

³ Die nachfolgenden Ausführungen basieren teilweise auf Überlegungen in *Kessl* (2013).

Jahren unterworfen ist. Als Transformationsphasen bezeichnen wir dabei „die historischen Formationen“, in denen sich eine „Thematisierung von Reform in Bezug auf die bisher wirkmächtige Konstellation (...) durchsetzt, das heißt die Idee der Notwendigkeit von einer grundlegenden Veränderung der bisherigen Denkweisen und Ausprägungsformen – ob und wenn ja, wie soziale Zusammenhänge gestaltet und reguliert werden sollen – kulturell hegemonial wird“ (Kessl 2013, S. 10). Die Rede von der Transformation bisheriger Sozialpolitik und Sozialer Arbeit verweist dabei immer auf einen „dynamischen Immobilismus“ (Lessenich 2003) oder manches Mal auch auf eine „dynamische Stabilität“ (Sandermann in: Bareis et al. 2017). Entscheidend ist also die Beobachtung, dass eine grundlegende Veränderung des bisherigen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements zu konstatieren ist, die gerade auch innerhalb stabiler institutioneller Ordnungen vollzogen werden, wie Lessenich (2003, S. 295) für die bundesdeutschen Sozialversicherungssysteme zeigt: „Deutschland hat (...) in den 1980er und 1990er Jahren seinen Ruf als ‚Sozialversicherungsstaat‘ (Riedmüller/Olk 1994) bestätigt und zuletzt sogar zementiert (...). Und doch hat sich der Charakter desselben unter der Hand grundlegend gewandelt“. Transformation meint also immer eine Gleichzeitigkeit von Tendenzen der Mobilisierung wie der Stabilisierung resp. des Wandels und der Persistenz (Maihofer 2007). In Transformationsphasen setzen sich allerdings in Form von Thematisierungen der Krise Rationalitäten und Technologien in Bezug auf die bisherigen Muster sozialer Ordnung (u.a. Dollinger 2006, S. 13ff.) durch, die die Notwendigkeit von deren Flexibilisierung, Modifikation oder Neujustierung in den Vordergrund rücken.

Die damit angesprochene Veränderungsdynamik, die sich in den gegenwärtigen Transformationsbewegungen in den Feldern der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit zeigt, ist nicht auf die Entwicklungen in den Feldern beschränkt, sondern ist auch in Bezug auf das Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit insgesamt zu vermerken. Deshalb soll im Folgenden wenigstens skizzenhaft deutlich gemacht werden, wie sich dieses Verhältnis zu wohlfahrtsstaatlichen Hochzeiten darstellte, und wie es sich inzwischen gestaltet.

4. Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit – eine Vergewisserung

Das Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit wurde in Bezug auf das wohlfahrtsstaatliche Arrangement der Nachkriegsjahre Mitte des 20. Jahrhunderts als Relation zweier Integrationssysteme gefasst: Dem primären sozialen Sicherheitssystem (Sozialpolitik) war demnach das sekundäre personenbezogene soziale Dienstleistungssystem (Soziale Arbeit)

nachrangig. Die „Sozialpolitik schiebt der Sozialpädagogik immer wieder Probleme zur pädagogischen Betreuung und Verwaltung zu“, so die entsprechende Formulierung in den (sozial-)staatstheoretischen Überlegungen von *Böhnisch* (1982, S. 6) aus Sicht der Sozialpädagogik. Tatsächlich sieht die frühe Sozial- resp. Wohlfahrtsgesetzgebung der Weimarer Republik eine Komplementarität von Sozialpolitik und fürsorgerischen Leistungen vor (*Ritter* 1927), die der professionellen Sozialen Arbeit seither eine „subsidiäre Funktion“ zuschrieb, so *Kaufmann* (1973, S. 94) aus sozialpolitiktheoretischer Perspektive. Die Differenzierung und Relationierung von Versicherung, Versorgung und eben Fürsorge als der drei Grundprinzipien bundesdeutscher Sozialpolitik war damit bereits grundiert (*Witterstätter* 2000): Während Sozialpolitik vor allem die generelle Existenzsicherung für besondere Lebensphasen oder Notlagen absichern soll, wird Soziale Arbeit in den Fällen angerufen, in denen diese Sicherungsstrukturen für die alltägliche Lebensbewältigung nicht ausreichen oder erst gar nicht greifen. Interessiert man sich für das Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit, rücken dementsprechend insbesondere zwei vorhandene Forschungsinteressen in den Blick: für die Sozialpolitikforschung ist dieses in Bezug auf die Wirkungsweisen sozialpolitischer Programme auf institutioneller Ebene auszumachen, für Forschungsarbeiten zur Sozialen Arbeit in der Analyse von intendierten Herausforderungen für konkrete Adressat_innen(gruppen) und Nutzer_innen(gruppen) und damit deren Alltagsbewältigung. Daher auch der einführend benannte zweifache Zugriff der Forschungsarbeiten im NRW-Promotionskolleg TransSoz. Zugleich erweist sich spätestens auf dieser forscherschen Ebene eine klare Trennung von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit als nurmehr teilweise tragfähige analytische Sortierung, schließlich ist die Frage individueller Auswirkungen von sozialpolitischen Interventionen resp. damit verbundener Bewältigungspraktiken eine zentrale Frage, wie sie z.B. im Feld der Erwerbslosenforschung (*Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel* 1933/1975) oder der Sozialpolitikforschung, die als *welfare from below* präsentiert wird (*Steinert/Pilgram* 2003), auch bearbeitet wird. Quasi umgekehrt spielen aber auch Fragen der Institutionalisierung sozialer Dienstleistungsangebote (*Böhnisch/Lösch* 1973) eine prägende Rolle für die Analyse der Wirkung Sozialer Arbeit. Dementsprechend ist es wenig überraschend, dass bereits für die Nachkriegsära die formale Trennung von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit bei genauerer Untersuchung nur teilweise zu konstatieren ist. *Kaufmann* (1973, S. 88) hat in seinen Überlegungen zur Verhältnisbestimmung von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit auf die formale Differenzierung auf organisatorisch-exekutiver Ebene hingewiesen, die aber auf der legislativen Ebene durch den Verweis sozialpolitischer wie sozialpädagogischer/sozialarbeiterischer Akteur_innen auf den gleichen Gegenstand immer wieder unterlaufen

werde. Dementsprechend erweisen sich bereits für die 1950er und 60er Jahre klare Differenzierungen, wie diejenige von „typischen, einfachen Notlagen einerseits und individualisierenden Leistungen bei komplexen Notlagen andererseits“ (*ibd.*, S. 98), die auf der einen Seite der Sozialpolitik und auf der anderen Seite der Sozialen Arbeit zuzurechnen seien, als vorschnell, wie *Kaufmann* (1973) verdeutlicht, weil sie zwar auf einer eher abstrakten Ebene der Funktionalität greifen, aber nicht auf der konkreten Ebene der alltäglichen institutionellen Zuständigkeiten.

Mit der Rede vom Ende des „goldenen Zeitalters“ des Wohlfahrtsstaats bzw. dem Erreichen des „Nachmittags des Wohlfahrtsstaats“ (*Vogel* 2004), welches spätestens in den 1980er Jahren zu datieren ist und der Diagnose einer darauf folgenden Transformation der sozialen Sicherungssysteme und sozialen Dienstleistungsangeboten vollzieht sich in der jüngeren Vergangenheit eine weitere Veränderung des Verhältnisses von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit. Die seither andauernde Transformation des bisherigen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements lässt sich daher nicht angemessen als eine nur parallele Veränderung in den Feldern der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit fassen. Vielmehr ist neben der Transformation der Logik innerhalb der jeweiligen Felder ein teilweise grundlegendes Re-Arrangement des Verhältnisses zwischen den beiden Sphären zu beobachten.

In den Beiträgen für die beiden parallelen Themenhefte des Sozialen Fortschritts und der Sozialen Passagen wird die Frage nach dem Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit bezogen auf den jeweils spezifischen Untersuchungsgegenstand bearbeitet. So weisen *Knabe/Leitner* (im vorliegenden Themenschwerpunkt) bezogen auf die gegenwärtige Ausschließungspraxis am Wohnungsmarkt darauf hin, dass die zugänglichen sozialpolitischen Unterstützungsleistungen ein adäquates Wohnen nicht gewährleisten können, da sie diese nicht an den vorfindlichen Bedingungen des Wohnungsmarktes orientieren. Die damit entstehenden Versorgungsmängel wirken auf die Handlungsoptionen Sozialer Arbeit zurück bzw. schränken diese grundlegend ein. Auf die strukturelle Begrenzung Sozialer Arbeit verweisen auch *Gille/Klammer* (im Themenschwerpunkt der Sozialen Passagen) und betonen hierbei, dass diese auf der professionell-organisationalen Ebene ebenso wie ihre Adressat_innen immer in die vorherrschenden symbolischen und materiellen Ordnungen eingebunden sind. Vor dem Hintergrund der Überlegungen von *Knabe/Leitner* und *Gille/Klammer* lässt sich bereits fragen, inwieweit der Auftrag Sozialer Arbeit immer wieder im Widerspruch zu vorherrschenden sozialpolitischen Programmatiken steht und zugleich aber auch an der Re-Produktion ebendieser Logiken und damit verbundener struktureller Bedingungen beteiligt ist. Ähnlich widmen sich *Chehata/Naumann/Seelmeyer/Wenzler* (im Themenschwerpunkt der Sozialen

Passagen) in ihrem Beitrag aus einer poststrukturalistisch-machtdanalytischen Perspektive, der Verstrickung und Mitwirkung Sozialer Arbeit in/an der Transformation und Herstellung wohlfahrtsstaatlicher Arrangements. Im Unterschied zu *Knabe/Leitner* und *Gille/Klammer* argumentieren sie allerdings eher gegen eine Gegenüberstellung von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit. Entsprechend plädieren sie dafür, nicht die sozialpolitischen Transformationsprozessen als Ausgangspunkt analytischer Betrachtungen zu nehmen, sondern die (Neu)Formierung des Sozialen mit ihren inhärenten Rationalitäten und Regierungspraktiken (‚Regierung des Selbst‘ wie die ‚Regierungstechniken‘) als eine historisch spezifische Herrschaftsweise zu fassen, die Sozialpolitik wie Soziale Arbeit umfasst.

In der Zusammenschau der Beiträge in diesem Schwerpunktheft wie dem parallel erscheinenden Schwerpunktheft der *Sozialen Passagen* wird deutlich, dass aktuelle (empirische) Befunde zum Prozess der Transformation sowohl mit Blick auf die Sozialpolitik wie die Soziale Arbeit zu notieren sind. Die mit dieser Transformation verbundenen Paradigmen, wie die der Aktivierung, Eigenverantwortung und Wahlfreiheit, entfalten ihre Wirkmächtigkeit ebenfalls in beiden Feldern und manifestieren sich interdependent in strukturellen Bedingungen (z.B. aktivierender Sozialstaat, Vermarktlichung der Care-Arbeit, Heteronormativität) wie auch in sozialen Praxen der Individuen (z.B. Identitäten als aktive Subjekte, Positionierung von Care-Arbeiter_innen als Dienstleister_innen, Selbstoptimierung als zweigeschlechtlich eindeutige Erwerbsarbeitsmarktsubjekte). Zugleich ist auch das Verhältnis zwischen den Feldern der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit in Bewegung geraten. Aus dem komplementären, aber hierarchischen Verhältnis ist ein Verhältnis der gleichzeitigen Überlagerung und diffusen Parallelität geworden: Fürsorgliche und pädagogische Semantiken finden Einzug in das Feld der Sozialpolitik (z.B. SGB III) und zugleich werden innerhalb der Sozialen Arbeit sozialpädagogische Perspektiven zugunsten repressiver Interventionspraktiken aufgeben (z.B. Legitimation von Strafe als sozialpädagogisches Instrument). Klassische sozialpolitische Sicherungsinstrumente werden weiter stabilisiert, ja teilweise noch ausgebaut (v.a. Einführung der Pflegeversicherung), während präventive Regelangebote in der Sozialen Arbeit (z.B. Offene Kinder- und Jugendarbeit) zugunsten institutionalisierter Betreuungsstrukturen reduziert werden (z.B. Ganztagschulen).

Literatur

- Bareis, E./Kessl, F./Leitner, S./Sandermann, P.* (2017): Zur Transformation Sozialer Arbeit. Ein Streitgespräch, in: Bilgi, O./Frühauf, M./Schulze, K. (Hrsg.), Zur Transformation Sozialer Arbeit. Wiesbaden: Springer, S. 15-46.
- Benner, D./Kemper, H.* (2003): Theorie und Geschichte der Reformpädagogik, Teil 2: Die Pädagogische Bewegung von der Jahrhundertwende bis zum Ende der Weimarer Republik. Weinheim/Basel: Beltz.
- Böhnisch, L.* (1982): Der Sozialstaat und seine Pädagogik. Sozialpolitische Anleitungen zur Sozialarbeit. Neuwied/Darmstadt: Luchterhand.
- Böhnisch, L./Lösch, H.* (1973): Das Handlungsverständnis des Sozialarbeiters und seine institutionelle Determination, in: Otto, H.-U./Schneider, S. (Hrsg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. Zweiter Halbband. Neuwied/Berlin: Luchterhand, S. 21-40.
- Boltanski, L./Chiapello, È.* (2002): Das unternehmerische Selbst und seine Geschlechter. Gender-Konstruktionen in Erfolgsratgebern, in: Leviathan, 30. Jg. (2002), H.2, S. 175-194.
- Bröckling, U.* (2000): Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement, in: Bröckling, U./Krasmann, S./Lemke, T. (Hrsg.), Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt am Main: Suhrkamp., S. 131-167.
- Butterwegge, C.* (2011): Die Zukunft des Sozialstaates, in: Osietzky, XX. Jg., 2011, Nr. 20, S. XXX, <http://www.sopos.org/aufsaeetze/4e8d88665384d/1.phtml> [02.02.17].
- Castel, R.* (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: UVK.
- (2006): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.
- Clarke, J.* (2004): Changing Welfare, Changing States. New Directions in Social Policy. London: Sage.
- Dahme, H.-J. et al.* (Hrsg.) (2003): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat. Opladen: Leske und Budrich.
- Dingeldey, I.* (2006): Aktivierender Wohlfahrtsstaat und sozialpolitische Steuerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, XX. Jg., 2006 Heft 8-9, S. 3-9.
- Dollinger, B.* (2006): Die Pädagogik der sozialen Frage. (Sozial-)Pädagogische Theorie vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende der Weimarer Republik, Wiesbaden: VS.
- Gottschall, K./Voß, G.* (2005): Entgrenzung von Arbeit und Leben – zur Einleitung, in: Gottschall, K./Voß, G. (Hrsg.): Entgrenzung von Arbeit und Leben. Zum Wandel der Beziehung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag. München/Mering: Rainer Hampp Verlag, S.11-36.

- Harris, J.* (2003): *The Social Work Business: the State of Welfare*. London: Routledge.
- Herzog, K.* (2015): *Schulden und Alltag. Arbeit mit schwierigen finanziellen Situationen und die (Nicht-Nutzung) von Schuldner-Beratung*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Jahoda, M./Lazarsfeld, P. F./Zeisel, H.* (1933/1975): *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Jessop, B.* (1993): *Towards a Schumpeterian Workfare State? Preliminary Remarks on Post-Fordist Political Economy*, in: *Studies in Political Economy*, Vol. 40, Issue 1, S. 7-40.
- Kaufmann, F.-X.* (1973): *Zum Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialarbeit*, in: *Otto, H.-U./Schneider, S. (Hrsg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. Erster Halbband*. Neuwied/Berlin: Luchterhand, S. 87-104.
- (1997): *Herausforderungen des Sozialstaats*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kessl, F./Otto, H.-U.* (2009): *Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven*, Weinheim/München: Juventa.
- Koppetsch, C./Burkart, G.* (1999): *Die Illusion der Emanzipation. Zur Wirksamkeit latenter Geschlechternormen im Milieuvvergleich*. Konstanz: UVK.
- Lamping, W./Schridde, H./Plaß, S./Blanke, B.* (2002): *Der Aktivierende Staat: Positionen, Begriffe, Strategien*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Leitner, S./Klammer, U./Leiber, S.* (2013): *Leben im transformierten Sozialstaat (TransSoz): Zielgruppenspezifische Reformwirkungen und Alltagspraxen. Antrag auf Förderung einer Forschungskoooperation zwischen der Universität Duisburg-Essen sowie den Fachhochschulen Düsseldorf und Köln*, <http://transsoz.web.th-koeln.de/wp/wp-content/uploads/2013/08/vorhabensbeschreibung.pdf> [15.10.16].
- Lemke, T./Krasmann, S./Bröckling, U.* (2000): *Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien*, in: *Bröckling, U./Krasmann, S./Lemke, T. (Hrsg.), Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 7-40.
- Lessenich, S.* (2008): *Die Neuerfindung des Sozialen, Sozialstaat, Kapitalismus, sozialer Wandel*. Bielefeld: Transcript.
- (2012): *Theorien des Sozialstaats*. Hamburg: Junius.
- Maihofer, A.* (2007): *Gender in Motion: Gesellschaftliche Transformationsprozesse – Umbrüche in den Geschlechterverhältnissen? Eine Problemskizze*, in: *Grisard, D./Häberlein, J./Kaiser, A./Saxer, S. (Hrsg.), Gender in Motion. Die Konstruktion von Geschlecht in Raum und Erzählung*. Frankfurt am Main: Campus, S. 281-315.

- (2014): Familiäre Lebensformen zwischen Wandel und Persistenz. Eine zeigdiagnostische Zwischenbetrachtung, in: Behnke, C./Lengersdorf, D./Scholz, S. (Hrsg.), Wissen – Methode – Geschlecht. Erfassen des fraglos Gegebenen. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 313-334.
- Nullmeier, F.* (2004): Vermarktlichung des Sozialstaats, in: WSI Mitteilungen 9/2004., S. 495-500.
- Pühl, K.* (2004): Neoliberale Paradoxien? Geschlechtsspezifische Veränderungen durch sozialpolitische Regulierungen als Herausforderung feministischer Theorie, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, 22. Jg. (2004), H.2+3, S. 40-50.
- Sandermann, P.* (Hrsg.) (2014): The End of Welfare as We Know It? Continuity and Change in Western Welfare State Settings and Practices. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich Publishers.
- Sauer, B.* (2008): Formwandel politischer Institutionen im Kontext neoliberaler Globalisierung und die Relevanz der Kategorie Geschlecht, in: Casale, R./Rendtorff, B. (Hrsg.): Was kommt nach der Genderforschung? Zur Zukunft der feministischen Theoriebildung. Bielefeld: Transcript, S. 237-254.
- Sauer, B./Wöhl, S.* (2011): Feminist Perspectives on the Internationalization of The State, in: Antipode, Vol. 43, Issue 1, S. 108-128.
- Steinert H./Pilgram A.* (2003) (Hrsg.): Welfare policy from below. Struggles against social exclusion in Europe. Oxon: Ashgate.
- Ullrich, C. G.* (2004): Aktivierende Sozialpolitik und individuelle Autonomie, in: Soziale Welt, 55. Jg., Heft 2, S. 145-158.
- Vobruba, G.* (1983): Politik mit dem Wohlfahrtsstaat. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Vogel, B.* (2004): Der Nachmittag des Wohlfahrtsstaats. Zur politischen Ordnung gesellschaftlicher Ungleichheit, in: Mittelweg 36, 13. Jg. Heft 4, S. 36-55.
- Winker, G.* (2007): Traditionelle Geschlechterordnungen unter neoliberalem Druck. Veränderte Verwertungs- und Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft, in: Groß, M./ Winker, G. (Hrsg.): Queer-/Feministische Kritiken neoliberaler Verhältnisse. Münster: Unrast-Verlag, S. 15-50.
- Witterstätter, K.* (2000): Soziale Sicherung: eine Einführung für Sozialarbeiter/Sozialpädagogen mit Fallbeispielen. Neuwied/Kriftel: Luchterhand (5. Auflage).
- Wohlfahrt, N.* (2003): Der aktivierende Sozialstaat. Ein neues sozialpolitisches Konzept und seine Konsequenzen, http://www.transparentonline.de/Nr63/63_06.htm [02.03.2015].
- Wohlfahrt, N./Zühlke, W.* (2005): Ende der kommunalen Selbstverwaltung: Zur politischen Steuerung im ‚Konzern Stadt‘. Hamburg: VSA.

